

16. AKTUELLE STUNDE

*Herrn
Präsident des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 9. Februar 2024

Aussprache über Themen von Allgemeinem Interesse gem. §31a der GeOLT:

Seit Jahren zählt Österreich zu den Spitzenreitern bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen. Mit 170.000 Asylanträgen binnen zwei Jahren hat es noch nie so viele Asylanträge unter einem Innenminister gegeben wie zuletzt unter ÖVP-Innenminister Karner. Auch die Zahl der positiven Gewährungen von Asyl und subsidiärem Schutz stieg im Jahr 2023 mit rund 26.500 um 40% gegenüber dem vorangegangenen Jahr. Damit verzeichnet Österreich den dritthöchsten Wert an Zuerkennungen von Asyl und subsidiärem Schutz seit 2015 und steht EU-weit an zweiter Stelle bei erstinstanzlichen Zuerkennungen bzw. an dritter Stelle bei den UMF. Menschen, die keine Chance auf Asyl haben sollten einerseits gar nicht nach Österreich gelangen und andererseits in schnellen Verfahren wieder in sichere Drittstaaten oder die Herkunftsländer zurückgebracht werden. Gleichzeitig haben es die ÖVP-FPÖ und ÖVP-Grünen Bundesregierungen der letzten Jahre nicht geschafft, adäquate Rückführungsabkommen zu verhandeln und abzuschließen, sodass von den negativ Beschiedenen – alleine 2023 waren das 26.314 - ein Großteil trotzdem in Österreich bleibt.

Das Burgenland war und ist aufgrund der geografischen Lage mit rund 400 Kilometern Staatsgrenze zu drei angrenzenden EU-Ländern von der Dynamik bei Asyl, Migration, Integration und Grenzschutz hauptbetroffen.

Im Jahr 2023 wurden 30.000 illegal eingereiste Menschen im Burgenland aufgegriffen und fast 300 Schlepper verhaftet. Die Exekutive verzeichnete über hundert Durchbrüche von Schleppern mit dutzenden Verletzten. Die in Folge verstärkte Präsenz von hunderten Exekutivbeamt:innen an der Grenze bedeutet zugleich, dass die akute Personalnot der Polizeidienststellen in den Gemeinden zusätzlich verschärft wird.

Diese besorgniserregende Gesamtsituation resultiert aus der Verabsäumung notwendiger Maßnahmen seitens der Bundesregierung, obwohl der Burgenländische Landtag seit Jahren auf die Problematik hingewiesen und die konsequente Vollziehung geltenden Rechts gefordert hatte. Stattdessen dienten die Themen Asyl, Migration, Integration und Grenzschutz der Bundesregierung vorrangig einer populistischen Parteipolitik - man denke an die „Schließung der

Balkanroute“ oder die „Asylbremse“. Aktuell niedrigere Zahlen sind lediglich der geopolitischen Situation geschuldet, die keinesfalls als dauerhafte und verlässliche Vorsorge für zukünftige Szenarien angenommen werden darf.

Aktuell erarbeitete Vorschläge wie eine Asylobergrenze, die Einstellung von Sozialleistungen nach negativem Abschluss des Asylverfahrens, die Steigerung von Rückführungen, aktive und qualifizierte Arbeitsmigration, intensive Aktivierung von Asylberechtigten in den Arbeitsmarkt sowie ein nationaler Plan gegen die Schlepperkriminalität wären dringend umzusetzen. Die Österreichische Bundesregierung ist für die Überwachung des Eintrittes in das Bundesgebiet, Einwanderungswesen, Asyl, Ausweisungen und Abschiebungen zuständig und daher dringend gefordert, endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die zu einem Paradigmenwechsel im Interesse der Bevölkerung führen.

Um hierüber im Burgenländischen Landtag auf breiter Basis zu diskutieren, stellen wir den Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 22. Februar 2024 zum Thema:

„Endlich wirksame Lösungen für das Burgenland bei Asyl, Migration, Integration und Grenzschutz“

Dr. Roland Fürst
Klubobmann e.h.

Wolfgang Sodl
Klubobmann Stv. e.h.